XXI. Polizeihistorisches Kolloquium

Veranstalter: Jens Jäger / Ralph Jessen, Historisches Institut, Universität zu Köln
Datum, Ort: 15.07.2010–17.07.2010, Köln
Bericht von: Maximilian Ruland / Sebastian Rojek, Historisches Institut, Universität zu Köln

Vom 15. bis 17. Juli fand an der Universität zu Köln das XXI. Polizeihistorische Kolloquium statt. Rahmenthema der von der Philosophischen Fakultät der Universität zu Köln, dem Zentrum für vergleichende Europäische Studien Köln (ZEUS), der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und der Deutschen Gesellschaft für Polizeigeschichte e.V. geförderte Konferenz waren historische Phänomenen der Erosion des staatlichen Gewaltmonopols und der Privatisierung von Polizeikompetenzen. Daneben gab es in offenen Sektionen Vorträge ohne thematische Fokussierung.

RALPH JESSEN (Köln) stellte zur Eröffnung das gängige polizeigeschichtliche Narrativ von der erfolgreichen Zentralisierung einer immer weiter ausgreifenden Staatsgewalt in Frage. Jüngere Entwicklungen in „failing states“ lenkten vielmehr die Aufmerksamkeit auf den Zerfall des staatlichen Gewaltmonopols und den Bedeutungsgewinn von gesellschaftlichen Gewaltträgern, die weder an Rechtsnormen noch an legitime Staatlichkeit gebunden seien. Die Tagung solle daher spezifische historische Kontexte thematisieren, in denen die Polizei gegenläufigen Prozessen der Ent-Staatlichung, der Erosion, der Hybridisierung von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, der Privatisierung von Ordnungsfunktionen und der Konkurrenz gesellschaftlicher Gewaltagenturen ausgesetzt war.

Im ersten Panel unter der Leitung von ALF LÜDTKE (Erfurt) befassten sich die Konferenzteilnehmer mit Polizeitätigkeiten im kolonialen Kontext. NITIN VARMA (Berlin) präsentierte Ergebnisse aus seinem Dissertationsprojekt über die Kontrolle und Disziplinierung von Plantagenarbeitern in Nordostindien seit den 1860er-Jahren. Dortige Plantagenverwalter hätten das Recht besessen, Arbeiter nach Vergehen gegen die Plantagenordnung zu verhaften. Diese Praxis privaten Polizierens sei 1865 staatlich legitimiert worden. Sie sei allerdings dem Gedanken der staatlichen Zivilisierungsmission zuwider gelaufen, denn der Staat sei hier völlig einflusslos gewesen. Erst Ende des 19. Jahrhunderts sei diese Praxis öffentlich kritisiert worden.

Über das Ideal des guten Polizisten und des guten Polizierens im spätkolonialen Kontext niederländisch Indiens referierte MARIEKE BLOEMBERGEN (Leiden, Niederlande). Aus Angst vor revolutionären Bewegungen und einem erstarkenden Nationalbewusstsein in den Kolonien sei durch Zentralisierung, Uniformierung und Professionalisierung in den 1930/40er-Jahren eine moderne Polizeiorganisation aufgebaut worden, die den zivilisierten Staat verkörpern sollte. Anhand zweier Fallbeispiele zeigte Bloembergen, dass in der Praxis jedoch ein charakterlich hervorragend geeigneter und jede unnötige Gewalt vermeidende Polizeibeamter lediglich ein Ideal war.

In der anschließenden Diskussion wurde auf die auffallende Staatsschwäche in beiden Fällen hingewiesen. Weder habe das staatliche Gewaltmonopol die Vorgänge auf den Plantagen kontrollieren, noch der Staat verhindern können, dass die Polizei exzessiv vorging. Unter Verweis auf Parallelen zum gewaltsamen Vorgehen europäischer Polizeien im 19. Jahrhundert und vergleichbare Sanktionsrechte preußischer Gutsbesitzer wurde außerdem die koloniale Spezifik dieser Phänomene relativiert.

Im ersten thematisch offenen Beitrag fragte JÜRGEN KRASSER (Graz, Österreich) im Rahmen seines im Anfangsstadium befindlichen sozialpsychologischen Dissertationsprojekts nach dem Einstellungswandel der österreichischen Bevölkerung gegenüber der Polizei seit den 1950er-Jahren. Krassers Vortrag konzentrierte sich auf theoretisch-konzeptionelle Überlegungen, die sich auf die Zivilisationstheorie von Norbert Elias sowie die Studien Richard Sennetts zur Öffentlichkeit stützten. Offen blieb, was den Wandel im Verhältnis von Staat und Öffentlichkeit nach dem Zweiten Weltkrieg auslöste.

Das zweite thematische Panel unter der Leitung von RALPH JESSEN (Köln) diente der Erörterung von Prozessen der Machterosion. HERBERT REINKE (Berlin / Wuppertal) skizzierte die zunehmende Ausdiffe-

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

renzierung und Zuständigkeitsspezifizierung bzw. -beschränkung von Ordnung als Polizeiaufgabe in Deutschland vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Im Kaiserreich und der Weimarer Republik habe die Polizei administrative sowie Kontroll- und Sanktionierungskompetenzen besessen. Professionalisierung, Rechtssprechungen und Gesetzgebung hätten zur sukzessiven Beschränkung dieser Zuständigkeiten beigetragen. Die Zeit des Nationalsozialismus stelle in dieser Hinsicht noch ein offenes Forschungsfeld dar. Die Besatzungsmächte hätten nach dem Zweiten Weltkrieg die administrativen und judikativen Kompetenzen der Polizei kritisiert – eine stärkere Ausdifferenzierung von Polizei und Ordnungsämtern sei die Folge gewesen.

Macht und Machtgrenzen der britischen Polizei der 1920er-Jahre standen im Mittelpunkt des Vortrages von JOHN C. WOOD (Open University, England). Die Jahre 1927 bis 1929 hätten sich nach Sex-, Ermittlungs- und Korruptionsskandalen durch wachsende Sorge um die Integrität der Polizei ausgezeichnet. Im Fokus standen die Rolle und Positionen von Presse, Parteien und feministischen Gruppen zur Arbeit der Polizei. Besonders die Labour Partei habe tiefgehende Untersuchungen der Polizei gefordert. Der Bericht einer Royal Commission vom März 1929 habe allerdings keine neuen Bestimmungen für die Polizei erbracht und die Kritik von Öffentlichkeit, Presse und Politik sei nicht in Reformen gemündet. Obwohl die Polizei trotz wachsenden Reformdrucks unverändert geblieben sei, wären die Skandale abgeebbt – möglicherweise weil die Polizei nach den vielen Negativmeldungen zurückhaltender agiert habe.

Der Ethnologe KEVIN KARPIAK (Ypsilanti MI, USA) berichtete aus seiner auf Feldforschung basierenden Studie über die Polizeireform 2003 in Frankreich. Dabei hob er besonders auf theoretische Fragen ab. Er betonte, dass Staatsgewalt, Macht und Legitimation nicht als abstrakte analytische Begriffe eingeführt werden sollten, sondern stattdessen die Mikroebene der alltäglichen Polizeipraxis betrachtet werden müsse. Auf diese Weise könne Aufschluss über die permanente Rekonfiguration und Herstellung von Staatsgewalt gewonnen werden. Eine solche Rekonfiguration, so seine These, habe bei der französischen Polizeireform stattgefunden. Offen blieben die konkreten empirischen Ergebnisse der Studie.

Das dritte Panel unter der Leitung von JENS JÄGER (Köln) war wiederum ein offenes und diente zur Vorstellung abgeschlossener oder laufender Projekte. SEBASTIAN ROJEK (Köln) stellte die Ergebnisse einer Untersuchung zur Konstruktion der Figur des Hochstaplers in der deutschen Kriminologie und Literatur im Zeitraum 1880-1930 vor. Hierbei stand der Austausch zwischen den populären Hochstaplerbildern und ihrem Einfluss auf die Vorstellungen der Kriminologen im Vordergrund. Die Grenzen zwischen fiktionalen und dem Anspruch nach faktualen Texten stellte sich dabei als fließend heraus. Die Figur des Hochstaplers sei eng mit Prozessen der Globalisierung um 1900 verknüpft gewesen. Diese im Alltag beobachtbaren Prozesse hätten es für die Zeitgenossen evident gemacht, dass der Hochstapler eine akute Bedrohung für die europäischen Gesellschaften darstelle. Dieser Bedrohung hätte durch eine internationale Polizeibehörde begegnet werden sollen, die 1923 in Gestalt der Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommision (IKPK)[1] gegründet wurde. In der Diskussion wurden mögliche Spannungen zwischen den Professionalisierungsbemühungen der Polizei und dem starken Einfluss fiktionaler Texte auf die Konstruktion des Hochstaplers thematisiert.

CATHERINE DENYS (Lille, Frankreich) stellte die Ergebnisse des *Circulation des savoirs policiers européens* (CIRSAP) -Projektes über die Zirkulation polizeilichen Wissens in Europa zwischen 1650 und 1850 vor. Als eines der wichtigsten Ergebnisse sei zu konstatieren, dass in den europäischen Staaten praktisches und Erfahrungswissen gegenüber theoretischem Wissen dominiert hätten. Die innereuropäischen Transferwege wären über Polizeischriften, Personal, rechtliche Vereinheitlichungen während der napoleonischen Zeit und/oder über den kolonialen Kontext verlaufen. Der Schlüs-

[1] Zur IKPK vgl. Jens Jäger, Verfolgung durch Verwaltung. Internationales Verbrechen und internationale Polizeikooperation 1880-1933, Konstanz 2006.

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

selzeitraum der Zirkulation falle in die 1770er-Jahre. Trotz unterschiedlicher Wege in der Polizeiprofessionalisierung seien die Wissensbestände ähnlicher gewesen, als es den nationalisierenden Vorstellungen der Zeitgenossen entsprochen hätte.

Eingeleitet durch einen kurzen Abriss der Geschichte des Bundeskriminalamtes (BKA) stellten IMANUEL BAUMANN und ANDREJ STEPHAN (Halle) ihr Forschungsvorhaben zur Geschichte dieser Behörde von ihrer Gründung 1951 bis Anfang der 1980er-Jahre vor, als der unter dem Vorzeichen der Terrorismusbekämpfung stehende Aus- und Umbau des BKA zu einem Abschluss fand. Das Projekt geht zurück auf die Initiative des BKA und wird auch von ihm finanziert. Ausmaß und Folgen der personellen Kontinuität zwischen dem Sicherheitsapparat des Nationalsozialismus und den Sicherheitsbehörden der frühen Bundesrepublik stünden im Vordergrund des Interesses. Leitfragen der Untersuchung sollen sich auf die Entwicklung des Personals, die institutionelle Form und die konkrete Arbeit der Behörde, zum Beispiel im Umgang mit spezifischen Gruppen (wie den „Zigeunern“) richten. Die im BKA entwickelten Konzepte der Kriminalitätsbekämpfung sollen einerseits in Bezug gesetzt werden zu den Konzepten der NS-Zeit und andererseits zur Entwicklung der akademischen Kriminologie in der Bundesrepublik. Die anschließende Diskussion richtete sich überwiegend auf die Kontinuitätsfrage wobei angemerkt wurde, dass personelle Kontinuität durchaus kein Spezifikum des BKA gewesen sei.

ANDREAS MIX (Berlin) stellte die in Konzeption befindliche Ausstellung zur Rolle der Polizei im NS-Staat vor. Die Ausstellung ist ein Gemeinschaftsprojekt der Deutschen Polizeihochschule Münster und des Deutschen Historischen Museums Berlin. Sie solle die Stellung der Polizei und ihre Beteiligung an Verbrechen im NS-Staat verdeutlichen, wissenschaftliche Erkenntnisse der letzten Jahre popularisieren und einen Beitrag zu Aus- und Fortbildung der Polizei leisten. Inhaltlich sollen unter anderem das Doppelgesicht der Polizei als „Freund und Henker“ und die Beteiligung aller Polizeisparten an den Verbrechen des Regimes wie auch deren mangelnde Aufarbeitung in beiden deutschen Staaten nach 1945 im Vordergrund stehen.

Die Beiträge des vierten Panels unter Leitung von KLAUS WEINHAUER (Bielefeld) befassten sich mit dem Polizieren von Konflikten. JEANNETTE GABRIEL (New York, USA) befasste sich in einem bildquellenbasierten Vortrag mit dem polizeilichen Umgang mit der US-amerikanischen Arbeitslosenbewegung der 1930er-Jahre. Die polizeilichen Möglichkeiten repressiv vorzugehen, hätten in direkter Wechselbeziehung mit dem Rückhalt der Protestbewegung in der Bevölkerung gestanden. Einsätze der Nationalgarde und der Polizeikräfte gegen protestierende Arbeitslose wären zum Beispiel gescheitert, weil die Protestierenden die Staatsgewalt öffentlich lächerlich machten, anstatt sich gewaltsam gegen sie zu wehren. Gleichzeitig hätten sich viele Menschen und Schaulustige auf den Straßen befunden, was die Staatsgewalt – auch körperlich – daran gehindert hätte, das Feuer zu eröffnen. Erst mit Abschwächung der Bewegung Ende der 1930er-Jahre und abnehmender öffentlicher Zustimmung habe die Polizei restriktiver vorgehen können. In der Diskussion wurde eine stärkere Kontextualisierung der fotografischen Quellen angemahnt und ein zu pauschales Bild der Polizei-Militär-Kooperationen gerade angesichts des föderalen Systems der USA moniert.

Kritisch mit dem ‚goldenen Zeitalter’ des staatlichen Gewaltmonopols im 19. Jahrhundert setzte sich MARGO DE KOSTER (Louvain-La-Neuve / Amsterdam) auseinander. Ihre Ausgangsüberlegung war, dass das staatlich-polizeiliche Gewaltmonopol stets die Akzeptanz durch die Öffentlichkeit benötige und daher einem permanenten Aushandlungsprozess unterworfen sei. Anhand eines reichhaltigen Quellenmaterials aus Polizeiakten rekonstruierte sie die Nutzung des polizeilichen Gewaltmonopols durch die Bevölkerung eines Antwerpener Arbeiterviertels im Jahr 1880. Anstatt nur passiv die Ausweitung polizeilicher Regulation zu erfahren, habe das Publikum die neuen Verordnungen selektiv und strategisch in bisherige Formen sozialer Konfliktlösung integriert.

In der Abschlussdiskussion kristallisierten sich drei wesentliche Punkte heraus. Die Kon-

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

ferenzbeiträge warfen erstens unterschiedliche Blicke auf ähnliche Phänomene von Erosion bzw. Begrenzung staatlicher und polizeilicher Macht. Das staatliche Gewaltmonopol habe in den vorgestellten Fällen häufig zur Disposition gestanden und es könne angezweifelt werden, ob es jemals existierte. Für künftige Untersuchungen sei ein stärkerer Fokus auf die Privatisierung von Polizeiaufgaben und zum Beispiel des Justizwesens wünschenswert. Zweitens wurde auf die Sichtbarkeit und visuelle Evidenz von Polizei abgehoben. Etliche Beiträge hätten das Potential von visuellen Quellen gezeigt, aber auch die Notwendigkeit ihrer kritischen Aufbereitung. Auf jeden Fall ist die Nutzung von Bildquellen für polizeigeschichtliche Fragestellungen bei weitem noch nicht ausgeschöpft. In diesem Zusammenhang wurde auch die Rolle der Medien und der Öffentlichkeit sowie die Bemühungen der Polizei diskutiert, diese und das Bild von sich darin zu beeinflussen. Drittens kam die Frage nach dem Verhältnis zwischen proaktiven und reaktiven Polizeistrategien auf. Hier wäre künftig in einem zeitlichen Längsschnitt zu untersuchen, wann und in welchen Kontexten sich die Bevölkerung an die Polizei wandte, sie akzeptierte und wie die Polizei auf das Publikum zuging und erreichbar war.

Die Konferenz zeigte, dass Polizeigeschichte jenseits einer klassischen Institutionengeschichte ein vielfältiges Forschungsgebiet ist, das mit vielen anderen Themenkomplexen verbunden werden kann.

Konferenzübersicht:

Welcome
Alf Lüdtke / Herbert Reinke

Introduction
Ralph Jessen / Jens Jäger

Panel 1 „Policing the Colonies"
Chair – Alf Lüdtke (Erfurt)

Nitin Varma (Berlin): Privatisation of Arrest and the Construction of the Exceptional: Authority, discipline and labour in the 19th century colonial plantations of North East India.

Marieke Bloembergen (Leiden Niederlande): The late Colonial State and the Good Policeman. Policing, Intelligence and Change in the Netherlands-Indies.

„Open Panel"
Jürgen Krasser (Graz, Österrreich): Have Austrians Become Allergic to their Police since the 1950s? Dimensions of Widening Circles of Identification and their Contribution to an Understanding of the Questioning of Authority.

Panel 2 „Erosion of Power"
Chair – Ralph Jessen (Köln)

Herbert Reinke (Berlin / Wuppertal): „Partners for Order?". Observations on the History of Policing 'Order' in Germany.

John. C. Wood (Open University, England): Police Powers and their Limits in 1920s Britain.

Kevin Karpiak (Ypsilanti MI, USA): Police/State: What French Police Reform can tell us About Contemporary State Re-Figurations.

Panel 3 „Open Panel"
Chair – Jens Jäger (Köln)

Sebastian Rojek (Köln): The Construction of the 'Hochstapler' (Impostor) in German Criminology and Literature 1880-1930.

Catherine Denys (Lille, Frankreich): Circulation and Construction of Police Knowledge in Europe. A Report on the CIRSAP (Construction and Circulation of European Policing Knowledge)-Network.

Imanuel Baumann / Andrej Stephan (Halle): Reflecting its own History – A Project Concerning the Development of the German Federal Criminal Police Office (Bundeskriminalamt) 1952-1981.

Andreas Mix (Berlin): Police and the Nazis Regime. A project of the German Historical Museum and the German Police College.

Panel 4 „Conflicting Policing"
Chair – Klaus Weinhauer (Bielefeld)

Jeannette Gabriel (New York, USA): „If we can't run the work relief projects without the militia then we better stop": Shifting Degrees of Violence in Response to Public Support for the U.S. Unemployed Workers Movement - 1929 - 1939.

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

Margo de Koster (Louvain-La-Neuve / Amsterdam, Niederlande): Between Myth and Tool: The Forms and Uses of the State Monopoly on Violence in Street Level Policing, 1880-1940.

Tagungsbericht *XXI. Polizeihistorisches Kolloquium*. 15.07.2010–17.07.2010, Köln, in: H-Soz-Kult 21.09.2010.

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.